

ZBB 2007, 144

BGB §§ 242, 254, 280 Abs. 1 Satz 1, §§ 670, 675; ZPO § 286

Zum vertraglichen Aufwendungsersatzanspruch einer Inkassobank gegen ihren Kunden

OLG Dresden, Urt. v. 14.09.2005 – 8 U 1024/05, WM 2007, 547

Leitsätze:

1. Die Inkassobank hat gegen ihren Kunden, der ihr eine Lastschrift zum Einzug vorgelegt hat, einen vertraglichen Aufwendungsersatzanspruch, wenn sie der Zahlstelle nach (rechtzeitigem) Widerspruch des Schuldners den eingezogenen Betrag erstattet.
2. Beteiligt sich der Kunde unter ersichtlich verdächtigen Umständen in unredlicher Weise am Lastschrifteinzug, kann er dem Aufwendungsersatzbegehren der Inkassobank keinen eigenen Schadensersatzanspruch entgegensetzen, der auf die unterlassene Aufklärung über Besonderheiten und Gefahren des Lastschriftverfahrens gestützt wird.